




Teil 3: Das Handeln durch Verwaltungsakt

§ 9 Formelle Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen

I. Zuständigkeit, Form und Verfahren

1. Zuständigkeit

- Verwaltungsorganisationsrecht wird integriert dargestellt im Zusammenhang des Kommunalrechts im Sommersemester 2018

 *Burgi*, Verwaltungsorganisationsrecht, in:
Ehlers/Pünder (Hrsg.), Allgemeines Verwaltungsrecht,
15. Aufl. 2016, §§ 7 – 10.



2. Form

- Schriftform als Regel, mündliche oder konkludent erlassene Verwaltungsakte sind in der Praxis aber häufig
- Grundsatz der Formenwahlfreiheit; § 37 Abs. 2 VwVfG
- Nähere Vorgaben für die elektronische Kommunikation in § 3a VwVfG; vgl. ferner § 35a VwVfG



3. Verfahren

- Vgl. zu den Einzelheiten sogleich II
- Beachte: Spezifisches Fehlerfolgenrecht (vgl. § 11 II der Vorlesung)



II. Bedeutung, Arten, Ablauf und Grundsätze des Verwaltungsverfahrens

- Diejenigen Vorschriften, die das Verfahren als Entscheidungsprozess reglementieren, d.h. die Einleitungsphase, die Entscheidungsvorbereitung und die Entscheidung als solche betreffen
- Verfassungsrechtliche Grundlagen: Rechtsstaatsprinzip und Grundrechte (als Abwehrrechte, teilweise mit spezifische verfahrensrechtlichem Inhalt sowie als Grundlage verfahrens- und organisatorischer Impulse)

1. Bedeutung des Verwaltungsverfahrens

- Primär dienende Funktion
- Aber zunehmend wachsendes Bewusstsein für den Eigenwert des Verfahrens, v.a. in komplexen Bereichen (Prüfungswesen, naturwissenschaftlich-technische beeinflusste Entscheidungen, Großvorhaben nicht zuletzt seit „Stuttgart 21“)

 *Burgi*, Die dienende Funktion des Verwaltungserfahrens: Zweckbestimmung und Fehlerfolgenrecht in der Reform, DVBl. 2011, 1317



- Spezielles Fehlerfolgenrecht der §§ 45 und 46 VwVfG;
beachte ferner § 44a VwGO, § 11 II der Vorlesung

2. Arten des Verwaltungsverfahrens

- Allgemeine Verwaltungsverfahren
(gemäß § 10 VwVfG: nicht-förmliche Verfahren)
- Förmliche Verwaltungsverfahren gemäß §§ 63 ff. VwVfG; vgl.
z.B. die Anordnung in § 10 BImSchG
- Planfeststellungsverfahren nach §§ 72 ff. VwVfG
- Rechtsbehelfsverfahren, d.h. Widerspruchsverfahren nach der
VwGO; vgl. §§ 79, 80 VwVfG

3. Der Ablauf des Verwaltungsverfahrens

- Subjekte:
 - Zuständige Behörde als Herrin des Verfahrens
 - Die Beteiligten gemäß § 13 VwVfG
(§§ 11, 12: Beteiligungs- und Handlungsfähigkeit)
- Ablauf: §22 ff. VwVfG (mit oder ohne Antrag)
 - Neu: Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 25 Abs. 3 VwVfG seit Juni 2013 (vgl. hierzu *Schmitz/Prell*, NVwZ 2013, 745)

4. Hauptgrundsätze des Verwaltungsverfahrens

- Im Rahmen der Fallprüfung anzusprechen bei der „formellen Rechtmäßigkeit“ (spezielles Fehlerfolgenregime)
- Objektive Grundsätze
 - Untersuchungsgrundsatz (§ 24 VwVfG)
 - Gebot der Unparteilichkeit (Befangenheitsregelung: §§ 20, 21 VwVfG)

- Rechte der Beteiligten:
 - Anhörungsrechte (§ 28 VwVfG); Art. 103 Abs. 1 GG ist nicht einschlägig, da nicht für das Verwaltungsverfahren geltend. Die Grundrechte und das Rechtsstaatsprinzip bilden darüber hinaus die Grundlagen einer Anhörungspflicht für die vom einfachen Recht tatbestandlich nicht erfassten Fälle. Nicht nur bei Eingriffen, sondern auch bei Versagung eines Verbots mit Erlaubnisvorbehalt.
 - Akteneinsicht (§ 29 VwVfG)
 - Beratungs- und Auskunftspflichten (§ 25 VwVfG)
 - Begründungspflicht (§ 39 VwVfG); hierzu: Schoch, Jura 2005, 757
 - BVerwG, NJW 2012, 2054: Zur Begründung von Prüfungsbewertungen
 - Recht auf Vertreter (§14 VwVfG)